Einleitend weist BM Böhling darauf hin, dass auf Grund von anstehenden Änderungen im Haushaltsrecht und im Steuerrecht eine abschließende Beratung des Haushaltes momentan nicht sinnvoll ist, sondern erst im Frühjahr 2009 erfolgen sollte, um dann den Haushalt entsprechend der neuen Rechtslage aufzustellen.

Anschließend trägt TA Otten zum Entwurf des Verwaltungshaushaltes (Budget Verwaltung, Budgetbereich 22) vor, dass nach Einbringung weiterer abgestimmter Kürzungen das ursprünglich vorgesehene Budget mit einem Eckwert von 1.097.500,00 € um 86.600,00 € auf nunmehr 1.010.900,00 € entsprechend der Begründung in der Sitzungsvorlage festgelegt werden sollte. Dies wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Zum Vermögenshaushalt (Budget Vermögen, Budgetbereich 22) wird anhand des Haushaltsentwurfes die Auflistung der Einzelmaßnahmen unter Berücksichtigung der Beratung im Zuge der Bereisung zum Tiefbauprogramm (SV-Nr. 06//0390) abgehandelt. Inwieweit die im Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Verschiebungen von Maßnahmen gegenüber dem bisherigen Investitionsprogramm vorgesehen werden sollen, wird nicht abschließend beraten, sondern zunächst ohne Beschluss vertagt, da aus den einleitend genannten Gründen sowieso noch eine Weiterberatung des Haushaltes, dann gemeinsam mit dem Planungsausschuss, erfolgen soll. Bedenken gegen die Verschiebung von Maßnahmen aus fachtechnischer Sicht entsprechen den Ausführungen zu SV-Nr. 06//0390.

Zu einer Anfrage bezüglich des Ansatzes von 15.000,- € für eine Bushaltestelle in Grafschaft im Investitionsprogramm 2010 ist zu ergänzen, dass es sich hierbei um den vorgesehenen Ausbau der Haltestelle an der L 814 in Höhe Winkelmann handelt, die zurzeit aufgrund des Ausbaustandards nur als Aussteigehaltestelle genutzt werden darf. Hier besteht besonderer Bedarf zur Herstellung einer vollwertigen Haltestelle, da unter anderem Besucher von 2 Arztpraxen in dem Bereich sowie Anlieger aus dem Neubaugebiet Gerriet-Taddiken-Straße zurzeit bis zur Haltestelle an der Berliner Straße laufen müssen. Die Verkehrskommission hatte daher eine entsprechende Empfehlung abgegeben. Ein Zuschuss des Landkreises für diese Maßnahme ist zu erwarten.